

AfD-Fraktion im Rat der Gemeinde Alpen Heiko Richter – Rolf Zielkowski - Fraktionsvorsitzende

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

zu Beginn möchte ich ausdrücklich betonen, wir sind erst seit rund fünf Wochen im Rat vertreten. Wir beanspruchen nicht, bereits alle Abläufe, Hintergründe und historischen Entscheidungen der Gemeinde in der Tiefe zu kennen. Gleichzeitig haben wir in diesen wenigen Wochen erlebt, dass die Verwaltung uns sachlich und freundlich aufgenommen hat. Auch Sie, Herr Bürgermeister, sind erst seit wenigen Wochen im Amt. Sie haben uns gemeinsam mit Herrn Emmerichs bei der Einarbeitung unterstützt. Dafür danke ich Ihnen ausdrücklich.

Gerade weil der Umgang konstruktiv ist, will ich heute ebenfalls konstruktiv bleiben. Aber ich kann und werde die finanziellen Risiken, die sich aus dem Haushaltsentwurf 2026 ergeben, nicht kleinreden. Unser Auftrag als Ratsmitglieder ist nicht, uns an Formulierungen zu berauschen, sondern die Tragfähigkeit des Haushalts zu prüfen. Und nach Durchsicht der Unterlagen muss ich ernste Warnungen aussprechen.

1. Kernbefund, der Haushalt lebt von Substanz, nicht von Stabilität

1

Der Haushaltsplan zeigt für 2026 ein Jahresergebnis nach globalem Minderaufwand von minus 3.990.202 Euro, für 2027 minus 3.036.511 Euro, für 2028 minus 3.191.572 Euro, für 2029 minus 2.611.927 Euro.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 34.

Das ist keine Delle, das ist ein struktureller Fehlbedarf über mehrere Jahre. Und diese Serie wird nicht aus laufenden Überschüssen korrigiert, sondern durch Rücklagenverzehr und wachsende Liquiditätskredite.

2. Rücklagen, Ausgleichsrücklage wird aufgebraucht, Eigenkapital sinkt

Die Eigenkapitalentwicklung ist im Haushaltsplan sehr klar ausgewiesen. Stand 31.12.2023 liegt die Ausgleichsrücklage bei 16.561.946,98 Euro. Für 2025 ist eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 6.841.713 Euro geplant, für 2026 eine Entnahme von 3.990.202 Euro, zusätzlich eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage von 545.458,61 Euro, sodass zum 31.12.2026 die Ausgleichsrücklage nur noch 5.715.900,17 Euro beträgt.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seiten 527 bis 528.

Für 2027 wird die Ausgleichsrücklage weiter auf 2.679.389,17 Euro reduziert. Für 2028 wird sie vollständig auf 0 Euro aufgebraucht, danach wird weiter Eigenkapital über die Allgemeine Rücklage verzehrt.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 528.

Damit ist politisch relevant, wir reden nicht über Kosmetik, wir reden über das Abschmelzen des finanziellen Puffers, der den Haushalt überhaupt noch formal ausgleichsfähig macht.

3. Liquide Mittel 2026, faktisch Null, Liquiditätskredite ersetzen Kassenbestand

Jetzt zur Liquidität, weil sie im Alltag die Wahrheit des Haushalts ist.

Im Haushaltsplan wird erläutert, dass abweichend zur Planung 2025 der Anfangsbestand an Finanzmitteln einen positiven Wert von 6.214.434 Euro ausweist. Gleichzeitig zeigt die Tabelle zur Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten, dass in der voraussichtlichen Entwicklung 2025 dieser Bestand vollständig aufgezehrt wird, Stand Jahresende 2025 wird dort mit 0 Euro ausgewiesen.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 30.

Für 2026 ist dann eine Kreditaufnahme zur Liquiditätssicherung in Höhe von 7.227.514 Euro dargestellt, bei einem Höchstbetrag der Kassenkredite von 15.000.000 Euro.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 30.

Das bedeutet in der politischen Übersetzung, die Gemeinde geht nach der Planung in ein Jahr, in dem die laufende Zahlungsfähigkeit nicht mehr aus eigenen Mitteln abgesichert ist, sondern über Kassenkredite. Das ist ein Warnsignal, weil Liquiditätskredite keine Investition finanzieren, sondern laufende Zahlungsströme.

4. Kreditaufnahmen 2026, keine Investitionskredite, aber hohe Liquiditätskredite

Der Finanzplan zeigt für 2026 folgende Finanzierungslinie:

- Darlehen vom Kreditmarkt, also Investitionskredite, Ansatz 2026: 0 Euro.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 29.

- Kredite zur Liquiditätssicherung, Ansatz 2026: 7.277.514 Euro.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 29.

- Tilgung Darlehen Kreditinstitute, Ansatz 2026: 1.056.000 Euro.

Und ergänzend steht zur Investitionsfinanzierung ausdrücklich, gemäß Haushaltssatzung 2026 liegt keine Kreditermächtigung für Investitionen vor.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite mit der Übersicht zu Investitionskrediten.

Das ist bemerkenswert, weil gleichzeitig politisch große Projekte diskutiert werden. Wenn die Investitionskreditermächtigung null ist, dann muss die Finanzierung entweder über Fördermittel, Vermögensveräußerungen, oder am Ende indirekt über Liquiditätsdruck laufen. Genau deshalb sind Transparenz und Priorisierung zwingend.

5. Verschuldung und Verbindlichkeiten, deutlicher Sprung, Risiko für Zinslast

Die Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten weist aus:

- Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen, Stand Beginn 2026: 28.362 TEUR, Stand Ende 2026: 27.306 TEUR. **Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 529.**
- Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung, Ende 2026: 7.228 TEUR. **Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 529.**
- Summe aller Verbindlichkeiten, Ende 2026: 34.534 TEUR. **Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 529.**

AfD Fraktion im Rat der Gemeinde Alpen

Fraktionsvorsitzender: Heiko Richter - Mail: heiko.richter@directbox.de
stellvertretender Fraktionsvorsitzender Rolf Zielkowski – Mail: rolf.zielkowski@directbox.de

Politisch heißt das, wir laufen in eine Struktur hinein, in der neben klassischen Investitionskrediten ein zusätzlicher Block Kassenkredite entsteht. Und Kassenkredite sind in der Regel die teurere und riskantere Form, weil sie von Marktzinsen und Liquiditätsbedarf getrieben werden.

6. Zinsen 2026, steigen mit der Kreditrealität

Im Ergebnisplan ist für 2026 bei den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen ein Ansatz von minus 621.000 Euro ausgewiesen. *Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 34.*

In der Produktdarstellung Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft wird das aufgeschlüsselt:

- Zinsen Investitionskredite 2026: 406.000 Euro
- Zinsen Kassenkredite 2026: 200.000 Euro

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 493.

Damit ist klar, ein Teil der Zinslast ist bereits strukturell an Kassenkredite gekoppelt. Wenn die Liquiditätskredite wie geplant weiter steigen, steigen auch diese Zinsen.

7. Einnahmenbasis, Gewerbesteuer Prognose, Hoffnung oder belastbar

Im Produktbereich Steuern, Zuweisungen, Umlagen sind die Ansätze klar genannt. Für 2026:

- Grundsteuer B: 2.466.000 Euro
- Gewerbesteuer: 8.000.000 Euro
- Gemeindeanteil Einkommensteuer: 9.478.000 Euro
- Gemeindeanteil Umsatzsteuer: 1.178.000 Euro

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 485.

Und die mittelfristige Planung sieht bei der Gewerbesteuer einen Anstieg von 6.800.000 Euro in 2025 auf 8.000.000 Euro in 2026, 9.000.000 Euro in 2027, 10.000.000 Euro in 2028, 11.000.000 Euro in 2029. *Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 480.*

Der Haushaltsplan begründet, dass die Gewerbesteuererträge individuell auf Basis einer Kommunikation mit den größten Gewerbesteuerzahlern angepasst wurden.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 9.

Das respektiere ich, aber hier liegt für uns der Knackpunkt: Kommunikation ist keine Rechtsverbindlichkeit. Und wir erleben gerade bundesweit wirtschaftliche Unsicherheit. Deshalb ist die Frage, ob es im Haushaltsplan auch ein belastbares Risikoszenario gibt, was passiert, wenn diese Entwicklung nicht eintritt. In den von uns geprüften Passagen ist ein Worst Case Szenario nicht als klare Alternativrechnung ausgewiesen, gleichzeitig hängt die gesamte mittelfristige Stabilität an dieser Annahme.

8. Kreisumlage, Jugendamtsumlage, Druck bleibt hoch

Für 2026 wird zur Kreisumlage eine Umlagegrundlage Steuerkraftmesszahl von 23.437.045,14 Euro ausgewiesen, mit Hebesatz 36,2 Prozent, daraus rechnerisch 8.484.210,34 Euro, im Ansatz stehen 7.586.100 Euro, unter Verweis auf Entnahmen aus Rückstellungen aus 2024. Gleiches Prinzip bei der Jugendamtsumlage. *Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 485.*

Das heißt, selbst wenn die Umlage kurzfristig im Ansatz niedriger wirkt, ist sie teilweise durch Rückstellungsauflösung geglättet. Für die Zukunft bleibt sie ein erheblicher Block, und sie reagiert auf Steuerkraft, also auch auf Gewerbesteuer und deren Volatilität.

9. Investitionspolitik, Bauhof, Veen, und das Sondervermögen, Prioritätenfrage

Die Arbeitsgruppe Haushalt weist zum Sondervermögen aus, die Gemeinde Alpen erhält eine Pauschale über 12 Jahre in Höhe von 5.839.044,18 Euro. **AG Haushalt, Seite 6.**

Gleichzeitig wird dort für 2026 eine Bündelung von Maßnahmen gezeigt:

- Bauhof 4.040.000 Euro, Förderquote 0 Prozent, Belastung Haushalt 2026: 4.040.000 Euro
- Spielplatz 420.000 Euro, Förderquote ca. 70 Prozent, Belastung 126.000 Euro
- Veen Umkleiden 1.135.000 Euro, Förderquote 45 Prozent, Belastung 624.250 Euro

AG Haushalt, Seite 8.

Damit werden nach dieser Darstellung in einem Jahr Bindungen ausgelöst, die den Spielraum des Sondervermögens für die Folgejahre massiv reduzieren. Das ist kein Angriff auf einzelne Projekte, es ist eine Prioritätenfrage in einer Phase von Rücklagenverzehr und Liquiditätskrediten.

10. Politische Bewertung der letzten Amtsperiode, Verantwortung für den Kurswechsel

Ich formuliere das bewusst differenziert: Der aktuelle Bürgermeister ist erst wenige Wochen im Amt, er hat diese Struktur nicht allein verursacht. Aber aus dem, was wir derzeit anhand der Zahlenentwicklung sehen können, wirkt das Ausgabeverhalten in der letzten Amtsperiode des Vorgängers nicht wie vorsichtige, robuste Haushaltsführung, sondern wie eine Strategie, die bei guter Konjunktur und niedrigen Zinsen vielleicht funktioniert, in der heutigen Lage aber in eine Zwangslage führt.

11. Was wir heute konkret vom Bürgermeister erwarten

Herr Bürgermeister, wir kommen nicht mit dem Anspruch, alles besser zu wissen. Wir kommen mit der Pflicht, Fragen zu stellen, bevor aus Risiken Realitäten werden.

Deshalb stelle ich heute, auch im Sinne der Bürger, die folgenden Punkte in den Raum:

Erstens, teilen Sie die Einschätzung, dass die Liquidität nach Planung ab 2026 nicht mehr aus eigenen Mitteln abgesichert ist, sondern durch Liquiditätskredite in Millionenhöhe, konkret 7.227.514 Euro Kreditaufnahme zur Liquiditätssicherung im Ansatz 2026.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 30.

Zweitens, welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um zu verhindern, dass der Höchstbetrag der Kassenkredite von 15.000.000 Euro perspektivisch zur Normalität wird, statt zur Ausnahme.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 30.

Drittens, auf welcher belastbaren Grundlage planen wir einen Anstieg der Gewerbesteuer bis 2029 wieder auf 11.000.000 Euro, und wo ist im Haushaltsplan die Alternativrechnung, wenn diese Entwicklung nicht eintritt. **Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 480.**

Viertens, wie priorisieren wir Investitionen, wenn parallel die Ausgleichsrücklage zeigt, dass sie nach Plan im Jahr 2028 vollständig aufgebraucht ist. **Entwurf Haushaltsplan 2026, Seite 528.**

Fünftens, warum gehen wir bei Großprojekten gleichzeitig vor, wenn die Zins und Finanzaufwendungen bereits in 2026 bei 621.000 Euro liegen und Kassenkreditzinsen als eigener Block geplant sind, und wenn wir zugleich strukturelle Fehlbedarfe haben.

Entwurf Haushaltsplan 2026, Seiten 34 und 493.

Und jetzt kommt der konstruktive Teil, wir kritisieren nicht um der Kritik willen.

Wir wollen, dass Alpen handlungsfähig bleibt. Und Handlungsfähigkeit entsteht nicht dadurch, dass man Puffer aufzehrt und Zinsen steigert, sondern dadurch, dass man Erträge erhöht und Risiken reduziert.

Deshalb schlagen wir als AfD vor, den Blick zu öffnen für Ertragsmodelle statt reinen Mittelabfluss.

Erstens, prüfen Sie die Gründung einer gemeindeeigenen Beteiligungsgesellschaft, die Erträge erwirtschaften kann, statt nur Verwaltung zu sein. Das kann, richtig aufgesetzt, Investitionen aus Überschüssen ermöglichen, ohne Rücklagenverzehr als Dauerlösung.

Zweitens, nutzen Sie gemeindeeigene Flächen strategisch, zum Beispiel über Wohnungsbau, Vermietung, oder gesteuerte Entwicklung, statt die Ertragsseite der Gemeinde einseitig an der Gewerbesteuer aufzuhängen.

Drittens, prüfen Sie konkrete Beteiligungsmodelle, etwa am Beispiel eines Windradprojekts, bei dem nach Ihrer Darstellung bereits ein genehmigungsfähiger Ansatz und die Bereitschaft zur Beteiligung existiert. Das ist ein Beispiel, aber es zeigt die Richtung, erst Einnahmequellen stärken, dann investieren.

Unser Schluss ist einfach:

Wir müssen zuerst Einnahmen stabilisieren, bevor wir neue Großprojekte gleichzeitig starten.

Wir müssen zuerst Risiken rechnen, bevor wir Hoffnungswerte beschließen.

Und wir müssen zuerst die finanzielle Basis stärken, damit Alpen nicht in eine Lage gerät, in der nicht mehr der Rat entscheidet, sondern die Aufsicht.

Vielen Dank.